



- 7 A Eingereichte Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen

Motionstext:

"Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Händen des Stadtrates und der Stimmberechtigten eine Revision der Stadtverfassung mit einer Senkung der Anzahl Unterschriften für Initiativen und Referenden bzw. Volksvorschläge sowie mit einer Anpassung der Sammelfrist für Referenden und Volksvorschläge vorzulegen.

Die Stadtverfassung ist demnach wie folgt anzupassen:

- Initiative (Anpassung von Art. 20 und von Art. 24 der Stadtverfassung): Es sind mindestens 500 Unterschriften von in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten innert einer Sammelfrist von sechs Monaten erforderlich, damit eine Initiative zustande kommt.
- Fakultatives Referendum und Volksvorschlag (Anpassung von Art. 29 und 29a der Stadtverfassung): Es sind mindestens 250 Unterschriften von in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten innert einer Sammelfrist von 40 Tagen erforderlich, damit ein fakultatives Referendum oder ein Volksvorschlag zustande kommt.

Begründung: In Langenthal wohnen rund 10'300 Stimmberechtigte. Mit aktuell 900 Unterschriften (knapp 9% der Stimmberechtigten) für Initiativen und 400 Unterschriften (knapp 4% der Stimmberechtigten) für fakultative Referenden bestehen grosse Unterschriftshürden für die Nutzung der Volksrechte. In der Vergangenheit kamen deshalb Initiativen nicht zustande oder wurden Volksrechte gar nicht erst ergriffen. Die Hürden können zu einer Lähmung der demokratischen Teilhabe führen. Thun, Bern und verschiedene andere grössere Gemeinden im Kanton Bern haben im Vergleich mit Langenthal verhältnismässig tiefere Unterschriftshürden für Initiativen und Referenden und/oder längere Sammelfristen (Stand September 2022):

- Stadt Bern: 88'928 Stimmberechtigte, 5'000 Unterschriften in sechs Monaten für eine Initiative (ca. 5,6%), 1'500 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 1,6%).
- Stadt Thun: 32'407 Stimmberechtigte, 1'600 Unterschriften in 12 Monaten für eine Initiative (ca. 4,9%), 800 Unterschriften innert 30 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 2,5%).
- Stadt Burgdorf: 11'670 Stimmberechtigte, Unterschriften in Höhe von 10% der Stimmberechtigten in 12 Monaten für eine Initiative, 300 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum (ca. 2,5%).
- Gemeinde Ostermundigen: 10'336 Stimmberechtigte, 400 Unterschriften in sechs Monaten für eine Initiative (ca. 3,9%), 300 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 2,9%).
- Gemeinde Steffisburg: 12'167 Stimmberechtigte, Unterschriften in Höhe von 5% der Stimmberechtigten in sechs Monaten für eine Initiative, Unterschriften in Höhe von 2,5% der Stimmberechtigten innert 30 Tagen für ein Referendum.

Im Interesse einer partizipationsfreundlichen Politik, welche direkte Demokratie auch effektiv ermöglichen soll, sollten die bestehenden Unterschriftenzahlen gesenkt werden. Die Volksrechte würden damit attraktiver und die Gemeindepolitik zugänglicher. Politische Frustrationen bei der Bevölkerung könnten eher verhindert werden. Mit Blick auf andere Gemeinden ist zudem nicht davon auszugehen, dass bei einer Senkung der Unterschriftshürden plötzlich übermässig oft Initiativen und Referenden ergriffen würden. Im Fall des Referendums sollte zudem die Sammelfrist moderat verlängert werden, da 30 Tage zur Vorbereitung und Durchführung eines Referendums in Langenthal allzu kurz sind, insbesondere wenn die Zeit in die Ferien oder Feiertage fällt, wo ein Sammeln erfahrungsgemäss erschwert ist.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Die Motionäre machen einen konkreten, aus ihrer Sicht angemessenen Vorschlag für reduzierte Unterschriften-zahlen und die Sammelfrist beim Referendum/Volksvorschlag, entsprechend den Regelungen der genannten anderen Gemeinden. Die politische Diskussion um die „richtige“ Ausgestaltung der reduzierten Höhe an Unterschriftenzahlen und der Sammelfrist wird aber im Rahmen der Umsetzung der Motion erst vertieft zu führen sein. Die Motionäre signalisieren deshalb ausdrücklich Kompromissbereitschaft für andere, ebenfalls angemessene Lösungen für eine gegenüber heute reduzierte Anzahl an Unterschriften für Initiativen, Referenden und Volksvorschläge und für eine Verlängerung der Sammelfrist wo nötig."

Georg Cap
(Erstunterzeichnender)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat
